



DGVB

Deutscher Gerichtsvollzieher Bund
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Herrn Minister der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin Limbach
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Vorsitzender: Frank Neuhaus
Iltisweg 3, 59759 Arnsberg
Tel. 02932/202378
Mobil 0171/ 54 63 536
vorsitz.nrw@gerichtsvollzieherbund.de

stellv. Vorsitzende: Bettina Marchlewski

Geschäftsführer: Stephan Piel

Schatzmeisterin: Silke Severin

Arnsberg, den 15.12.2025

Mord an einem Gerichtsvollzieherkollegen im Saarland

Sehr geehrter Herr Minister,

der tödliche Messerangriff auf unseren saarländischen Kollegen hat die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Nordrhein-Westfalen zutiefst erschüttert. Dieses Verbrechen hat eine Realität brutal offengelegt, die in Ihrem Verantwortungsbereich seit Jahren bekannt ist – und dennoch weitgehend folgenlos geblieben ist.

Seit dem Vorfall erreichen uns in bislang nicht gekanntem Ausmaß Hilferufe, Gesprächsbitten und teils verzweifelte Kontaktaufnahmen aus der gesamten Gerichtsvollzieherschaft Nordrhein-Westfalens. Die Kolleginnen und Kollegen eint eine erschütternde Gewissheit:

Dieser Angriff hätte jede und jeden von uns treffen können.

Vor diesem Hintergrund wird immer wieder eine zentrale Frage gestellt:

Nimmt der Minister für Justiz die konkrete Gefährdung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher überhaupt ernst?

Völlig inakzeptabel ist zudem der Umgang Ihres Hauses mit zugesagten Sicherheitsausstattungen. Schnittsichere Handschuhe und Taschenlampen sind bis heute nicht flächendeckend ausgeliefert. Dass die Beschaffung elementarer Schutzausrüstung Jahre dauert, ist kein Verwaltungsproblem mehr – es ist ein politisches Versäumnis.

Während andere Bundesländer nach dem tödlichen Vorfall im Saarland umgehend gehandelt und den direkten Austausch mit den Landesverbänden gesucht haben, ist von Ihnen aus Nordrhein-Westfalen bislang kein vergleichbares Signal wahrnehmbar. Dieses Schweigen wird von den Kolleginnen und Kollegen als Desinteresse empfunden.



DGVB

Deutscher Gerichtsvollzieher Bund
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Wir fordern daher die sofortige Ausstattung aller Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Nordrhein-Westfalen mit stichsicheren Jacken, Rollkragenpullovern, Basic T-Shirts und Schals. Alles andere wäre nach den bekannten Gefahrenlagen nicht mehr zu rechtfertigen.

Ebenso fordern wir erneut die unverzügliche Aktivierung der Mikrofonfunktion der Monageräte. Datenschutzargumente dürfen nicht länger als Vorwand dienen, um notwendige Schutzmaßnahmen zu blockieren. Sicherheit ist kein nachrangiges Gut.

Gleiches gilt für den Zugang zu polizeilichen Gefährderinformationen. Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher müssen vor Diensthandlungen wissen, ob sie sich in eine potenziell lebensgefährliche Situation begeben. Eine direkte Einsichtnahme ist zwingend erforderlich.

Bereits vor längerer Zeit haben wir zudem den Aufbau eines justizinternen Gefährderregisters vorgeschlagen. Kommunen wie Köln und Gelsenkirchen gehen hier längst voran. Mit dem am 06.11.2025 verabschiedeten Beschäftigtenschutzgesetz NRW besteht nun auch eine eindeutige gesetzliche Grundlage für die Justiz. Dass dennoch nichts geschieht, ist nicht mehr erklärbar.

Ihre wiederholten öffentlichen Bekenntnisse zur besonderen Bedeutung dieses Berufsstandes stehen in eklatantem Widerspruch zur Realität vor Ort. Die tägliche Arbeit ist geprägt von einer stetig steigenden Arbeitsbelastung, einer systematischen Kostenverlagerung auf die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie einer Pensenberechnung, die seit Jahren nachweislich unzutreffend ist. Dieses strukturelle Versagen erzeugt einen permanenten Arbeits- und Zeitdruck, der zwangsläufig zu Lasten der Sicherheit geht.

Wir fordern Sie daher unmissverständlich auf, den Gerichtsvollzieherbereich unverzüglich von diesen Belastungen zu entlasten. Es geht nicht um Komfort oder Privilegien, sondern um den Schutz von Leben und Gesundheit Ihrer Beschäftigten.

Auch im aktuellen Haushaltsvoranschlag sind keinerlei Verbesserungen für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher vorgesehen, obwohl – auch nach Ihren eigenen Angaben – Steuermehreinnahmen vorhanden sind.

Wer Beschäftigte unter solchen Bedingungen arbeiten lässt, nimmt Sicherheitsrisiken billigend in Kauf.

Weitere Untätigkeit wäre politisch nicht verantwortbar.

Wir erwarten, dass Sie jetzt handeln – sichtbar, verbindlich und kurzfristig. Jeder weitere Tag ohne wirksame Maßnahmen erhöht das Risiko für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Nordrhein-Westfalen.

Der Schutz Ihrer Beschäftigten ist keine Option. Er ist Ihre Pflicht.

Mit freundlichen Grüßen

-Frank Neuhaus-

Landesverbandsvorsitzender